Resolution: Für ein Projekt der demokratischen, sozialen und ökologischen Erneuerung

Der 14. ordentliche Kongress von déi Lénk

Der ökonomische und politische Kontext

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat weltweit zu einer sozialen Krise und, damit verbunden, zu Rekordarbeitslosigkeit und der Vertiefung der Ungleichheiten geführt. Hinzu kommen die Flüchtlingskrise, die ihre Ursachen in der Ausbeutung afrikanischer Länder und den von wirtschaftlichen Interessen westlicher Staaten angeheizten Kriegen im Nahen und Mittleren Osten hat, sowie die globale Erderwärmung, die mittel- und langfristig eine ökologische Katastrophe mit sich bringen dürfte.

In Luxemburg haben Steuervorteile, die dem Großkapital gewährt wurden, dazu beigetragen, trotzdem eine hohe Wachstumsrate beibehalten zu können. Diese hat aber keineswegs dazu geführt, dass die Arbeitslosenzahlen signifikant gesunken wären – die Armutsrate ist sogar weiter gestiegen. Zusätzlich hat die liberale Politik der Regierung zu einer Wohnungskrise geführt, die von Tag zu Tag schlimmer wird, und damit verbunden einem generellen Verlust an Lebensqualität.

Auf die verheerenden Folgen der neoliberalen Politik der Deregulierung und der Privatisierung sowie die zunehmende Verarmung der unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung reagieren die europäischen Regierungen – inklusive der luxemburgischen – mit Gleichgültigkeit.

Diese Gleichgültigkeit und die ungebrochene Dominanz neoliberaler Politik während der letzten 40 Jahre haben den Aufstieg der europäischen Nationalismen und der Fremdenfeindlichkeit, von der auch Luxemburg nicht verschont bleibt, überhaupt erst ermöglicht.

Das Gegenstück dieser Politik in den Gemeinden

Im Laufe der Jahre mussten die Gemeinden zusätzliche Aufgaben übernehmen. Gleichzeitig sind ihre Einnahmen aber nicht gestiegen. Ganz im Gegenteil: Erst hat der Staat einen nicht unerheblichen Anteil der Steuereinnahmen der Gemeinden für sich übernommen und einige Gemeindesteuern entweder ganz gestrichen oder bis zur Wirkungslosigkeit beschnitten – was die Gemeinden nur weiter in die Abhängigkeit trieb und ihre Autonomie weiter einschränkte. Anschließend haben die Gemeinden selbst ihre eigenen Einnahmen durch eine „unternehmerfreundliche" Politik des Steuerdumpings beschnitten. Anstatt dem Bedarf an zusätzlichen Einnahmen nachzukommen, haben sich die Verantwortlichen der Gemeinden immer weiter neoliberaler Methoden bedient: Gemeindesteuern, die besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen treffen, wurden erhöht; kommunale Dienstleistungen mussten von nun an kostendeckend funktionieren, wurden erst *outgesourct* und schließlich ganz privatisiert. Diese immer noch dominante neoliberale Tendenz drängt sich weiterhin den Bürgerinnen und Bürger gegen ihren Willen auf. Nach dieser Logik wurde die Handlungsfreiheit der kleinsten demokratischen Struktur, der Gemeinde, darauf beschränkt, auf liberale materielle Einschränkungen zu reagieren. Unter diesen Umständen verschwindet die demokratische Debatte, und die Politik wird beschränkt auf die bestmögliche Verwaltung der herrschenden Verhältnisse.

Ein Projekt der demokratischen, sozialen und ökologischen Erneuerung ausarbeiten

Wenn wir unsere demokratischen und sozialen Errungenschaften erhalten wollen und unsere Rechte im Rahmen eines lebenswerten Umfelds stärken wollen, müssen wir die liberale Logik bekämpfen und die Macht- und Vertrauensverhältnisse zwischen WählerInnen und Gewählten erneuern. Dies gilt für die drei Ebenen politischer Entscheidungsfindung: die europäische, die nationale und die kommunale.

1) Die Demokratie in der Gemeinde stärken.

Die Gemeinden sind in letzter Instanz zu Verwaltern der auf europäischer und nationaler Ebene verursachten Probleme herabgestuft worden, obwohl eben dieses letzte Glied der Entscheidungskette den Bürgerinnen und Bürgern das höchste Ausmaß an Mitbestimmung gewährleisten kann. Einerseits durch die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ausländischer Staatsbürgerschaft und die verstärkte Vertretung von Frauen und Jugendlichen in den Gemeinderäten. Andererseits wollen déi Lénk die politische Teilhabe weiter stärken, etwa durch den weiteren Ausbau *der Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger* durch regelmäßige Nachbarschaftsversammlungen und die Einführung eines BürgerInnenhaushaltes, der seinen Namen verdient.

2) Das maßlose Wachstum bremsen.

Das maßlose wirtschaftliche Wachstum, mit dem die Gemeinden aktuell zu kämpfen haben, steht in eklatantem Widerspruch zur Notwendigkeit, den CO2-Ausstoß massiv zu reduzieren, und den diesbezüglichen internationalen Verpflichtungen, die die luxemburgische Regierung eingegangen ist.

déi Lénk lehnen das Argument ab, dass dieses Wachstum unentbehrlich sei für den Erhalt unseres Sozialmodells. Fakt ist, dass das starke Wachstum zugunsten des Finanzkapitals der letzten Jahre mitnichten den Anstieg des Armutsrisikos verhindern konnte. Während es offensichtlich ist, dass unendlicher Wachstum unmöglich ist, ist eine gerechte Verteilung von Einkommen und Reichtum dringend notwendig und muss endlich auf die politische Tagesordnung – sowohl national, wie auch in den Gemeinden.

Es ist skandalös, dass die Politik des Steuersenkungswettlaufs auf der nationalen Ebene unermüdlich fortgeführt wird, um Unternehmen anzulocken, was dazu führt, dass die Gemeinden mit immer weniger zu bewältigenden Verkehrsströmen und einem unerträglichen Druck auf die Umwelt konfrontiert werden. Die Gemeinden müssten hierauf reagieren, indem sie sich etwa auf Mindeststeuersätze für die kommunalen Gewerbesteuern einigen. Zugleich muss in der Großregion im Interesse einer demokratischen und sozial ausgewogenen Entwicklung die Zusammenarbeit gestärkt werden.

3) Wirklich soziale und ökologische Politik in den Gemeinden.

Die neoliberale Politik, die seit den 1980er Jahren auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene dominiert, hat der sozialen Gerechtigkeit spürbar geschadet. Immer mehr Menschen werden ökonomisch marginalisiert. Im Angesicht dieser wachsenden Probleme dürfen die Gemeinden sich nicht darauf beschränken, die Armut mithilfe von Sozialbüros, von Subventionen für Wohlfahrtsorganisationen und der Wohnungsvermittlung über soziale Immobilienagenturen zu verwalten. Sie müssen, ganz im Gegenteil, dafür Sorge tragen, dass starke und möglichst kostenlose kommunale Dienstleistungen garantiert werden. Sie müssen den Mangel an Wohnraum durch die Besteuerung leerstehenden Wohnraums bekämpfen und im großen Stil öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnraum errichten. Kommunal und interkommunal müssen die Gemeinden dafür sorgen, dass ein attraktives öffentliches Transportsystem ausgebaut wird, in Kombination mit der Förderung der sanften Mobilität. All dies setzt natürlich eine Stärkung der finanziellen Mittel der Gemeinden voraus.

Diese drei Themen sind miteinander verbunden. Wir müssen den Gemeinden und ihren BewohnerInnen die Mittel geben, um klar und deutlich ihren politischen Willen auszudrücken und diesen auch umzusetzen!